
Innovationsorientierte Regionalpolitik – eine Strategie für alte Industriegebiete?

**Hans Glatz
Hans Moser**

1. Einleitung

Österreich und viele andere Industrieländer gehen gegenwärtig durch eine Periode „struktureller Anpassung“ (vgl. OECD 1987). Drastische Verschiebungen der weltweiten Angebots- und Nachfragestrukturen, veränderte Konsummuster, ein ungemein rascher technologischer Wandel und eine Wettbewerbsverschärfung auf in- und ausländischen Märkten sind sichtbare Zeichen der veränderten Situation. Instabil gewordene wirtschaftliche Rahmenbedingungen erfordern neue Strategien der Unternehmen. Seitens der Wirtschaftspolitik wurde die Vollbeschäftigungspolitik zugunsten der angebotsorientierten nationalen Wettbewerbs- und Strukturpolitik zurückgedrängt.

Die Erlahmung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumskräfte und die weltweite Standortreorganisation der Industrie haben in vielen Regionen zu einer Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und der Wettbewerbspositionen geführt. Die alten Industriegebiete werden seit Ende der 70er Jahre zu den dominierenden Problemgebieten. Die Krise der großteils verstaatlichten Grundstoffindustrie führte und führt zu großen Arbeitsplatzverlusten. Auch im Bereich der kleineren und mittleren Industrieunternehmen in den alten Industriegebieten sind deutliche Strukturschwächen sichtbar geworden. Wenn keine geeigneten Maßnahmen getroffen werden, droht den alten Industriegebieten die

weitgehende Entindustrialisierung mit bedeutenden sozialen und volkswirtschaftlichen Kosten.

Der bisherigen Regionalpolitik ist es unter den relativ günstigen Rahmenbedingungen der 70er Jahre nicht gelungen, in den regionalen Problemgebieten Strukturen zu entwickeln, die ein selbsttragendes Wachstum begründet hätten. Unter den veränderten Rahmenbedingungen wird das klassische Instrumentarium der Regionalpolitik, die monetäre Investitionsförderung und Betriebsansiedlung zunehmend wirkungslos. Als Antwort auf die veränderten Bedingungen wurde das Konzept der innovationsorientierten Regionalpolitik und eine Schwerpunktverlagerung der Regionalförderung zugunsten bestandsorientierter Strategien entwickelt (vgl. OECD 1986).

In diesem Beitrag wird das Konzept einer innovationsorientierten Regionalpolitik dargestellt und Voraussetzungen und Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung im alten Industriegebiet Obersteiermark überlegt. Wir gehen von der Hypothese aus, daß Innovationen im Sinne der Nutzbarmachung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Zukunft eine zentrale Bedeutung für die Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen und damit für die Sicherung von Einkommen und Beschäftigung haben werden. In Zukunft ist die auf mengenmäßigen Beschäftigungszuwachs gerichteten Regionalpolitik um eine wirtschaftlich und sozial-innovative Strukturpolitik zu ergänzen.

Nach einer Analyse der Rahmenbedingungen für die Regionalpolitik im Industriebereich wendet sich der Beitrag der Frage zu, welche betrieblichen und regionalen Voraussetzungen für Innovationen in der Obersteiermark bestehen. Es werden Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Industrieunternehmen in der Region dargestellt. Aufbauend auf die Ergebnisse dieser Analyse werden Vorschläge für eine stärkere Innovationsorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik und des Förderungsinstrumentariums ausgearbeitet.

2. Industrieller Strukturwandel und regionaler Anpassungsbedarf

2.1 Ursachen des ökonomischen Wandels

Struktureller Wandel ist ein Grundmerkmal einer an technischem Fortschritt, Wachstum und Wettbewerb orientierten Wirtschaft. Die Wettbewerbswirtschaft erzeugt ständig technologischen und organisatorischen Fortschritt, der sich in neuen Produkten, Verfahren, Werkstoffen und Organisationsformen äußert. Die besseren Unternehmen setzen sich am Markt durch und verdrängen die weniger dynamischen.

Gegenwärtig befinden sich die Industriestaaten in einer Phase besonders raschen strukturellen Wandels. Folgende Faktoren wirken beschleunigend (vgl. Borner 1984, Matzner 1986, Prognos 1986, OECD 1987):

- Die internationale Wettbewerbssituation ist neben den technisch-organisatorischen Veränderungen durch starkes Eintreten von Konkurrenten aus Entwicklungs- und Schwellenländern geprägt. Durch ihre günstigere Kostenstruktur (niedrige Löhne, geringer sozialer Standard, wenig Umweltauflagen) sind diese bei standardisierten und in zunehmendem Maße auch bei forschungs- und entwicklungsintensiven Gütern in der Lage, einen scharfen Preis- und Qualitätswettbewerb zu entfachen („Neue Internationale Arbeitsteilung“).
- Drastische Verschiebungen der weltweiten Nachfragestrukturen gehen mit stagnierenden und vielfach schrumpfenden Produktmärkten einher, wodurch unternehmerisches Wachstum vielfach nur über die Verdrängung von Konkurrenten möglich ist.
- Die hohe Dynamik des technischen Fortschritts und die qualitativen Verschiebungen und Differenzierungen der Nachfrage bringen die Firmen zu intensiver Produktinnovation bei tendenziell kürzer werdenden Produktlebenszyklen und zu hoher Flexibilität in der Produktion und im Marketing.
- Auf wichtigen Märkten ist eine Zunahme von Marktzugangsbeschränkungen („neuer Protektionismus“) zu bemerken.

2.2 Unternehmerische Anpassungsstrategien

Die Unternehmen des exponierten Sektors waren und sind gezwungen, auf die veränderten Bedingungen zu reagieren und Anpassungs- und Reorganisationsmaßnahmen durchzuführen. Als grundlegende Anpassungsstrategien stehen den Unternehmen offen (Tödting 1986):

(1) *Erhöhung der Produktivität* durch Verfahrensinnovationen (höhere Kapitalintensität), organisatorische Verbesserungen und Ausnützung von Skalenerträgen. Dieser Weg stellt sich für viele traditionelle Industriebereiche als Überlebensalternative dar. In der Textilindustrie oder auch der Papierindustrie wurde er bereits „erfolgreich“ beschritten. Allerdings darf der Preis der Strategie nicht übersehen werden: Sie ist mit einer laufenden starken Abnahme der Beschäftigung verbunden. Die Textilindustrie etwa verlor zwischen 1970 und 1983 43 Prozent ihrer Beschäftigten (Marin 1986). Die Eisen- und Stahlindustrie Österreichs befindet sich gegenwärtig in einer Rationalisierungsphase, um den Kostenrückstand von etwa einem Drittel gegenüber den ausländischen Konkurrenten wettzumachen (vgl. Konzepte VEW 2000 und VOEST-Alpine neu).

Diese Strategie erscheint insbesondere für Betriebe und Unternehmen mit Großserienproduktion gangbar. Bei Betrieben, die ebenfalls der Preiskonkurrenz stark ausgesetzt sind, aber schwerpunktmäßig Einzel- und Kleinserienfertigung betreiben (eher kleinere Betriebe), dürfte sie auf größere Schwierigkeiten stoßen, weil die dortigen Produktionsprozesse in geringerem Maße automatisierbar sind. Die regionalen Auswirkungen dieser Strategie sind: Zunehmende Investitionstä-

tigkeit bei starkem Beschäftigungsabbau infolge steigender Arbeitsproduktivität.

(2) *Reduktion von Kapazitäten* und Rückzug aus Märkten und Produktlinien. Diese Maßnahme erfolgt vorwiegend dann, wenn Strategie (1), die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit auf internationalen Märkten, nicht erfolgt, nicht erfolgreich war oder erst gar nicht zu erreichen versucht wurde. Regional wird eine besonders starke Ausprägung in Gebieten erwartet, wo die Produktionsstruktur im Sinne des Produktzyklus stark überaltert erscheint, wo ein hoher Anteil sogenannter „parallel produzierender“ Zweigbetriebe anzutreffen ist und wo der Anteil kleinerer, veralteter Unternehmen (hinsichtlich Technologie und Management) zu groß ist. Alle drei Bedingungen treffen auf alte Industriegebiete wie die Obersteiermark in einem erhöhten Maße zu. Es sind wie bei Strategie (1) Beschäftigungsverluste und darüber hinaus negative Auswirkungen auf die regionale Wertschöpfung und die Einkommen zu erwarten.

(3) *Verlagerung von Produktionsstätten*. Mehrbetriebsunternehmen können über die Schließung von Betriebsstätten an ungünstigen Standorten und die Ansiedlung an kostengünstigeren Standorten Kapazitätsanpassungen und Rationalisierungsstrategien auch auf diesem Weg durchführen. Regional ist zu erwarten, daß sich der Bestand mobiler Betriebe verstärkt an die gegebenen Standortqualitäten (Palme 1984) anpaßt (z. B. Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, Marktpotential einer Region, Informationsstruktur etc.)

(4) *Spezialisierung auf neue Produkt-Marktkombinationen*. Die Modifikation von Produkten, die Entwicklung know-how-intensiver Produkte für jeweils spezielle Bedarfs- und Marktsegmente soll die Verluste auf den Massenmärkten kompensieren. Die Wettbewerbsfähigkeit wird nicht primär über den Preis wie in Strategie (1) bis (3), sondern über Qualität, Neuheit, Design, besonderes Service etc. herzustellen versucht.

Diese Strategien sind als Idealtypen zu verstehen, die in konkreten Unternehmen als Kombinationen auftreten können. Bei großen Unternehmen etwa sind alle vier Strategien simultan denkbar. Während die Strategien (1) und (4) als Offensivstrategien gelten können, sind die Strategien (2) und (3) eher Defensivstrategien. Den Offensivstrategien ist gemeinsam, daß sie die Unternehmen zur maximalen Nutzung von Innovationsmöglichkeiten zwingen. Dem raschen betrieblichen Einsatz neuer Technologien kommt neben verbesserten Organisations- und Marketingmethoden eine Schlüsselrolle zu. Die Anwendung dieser neuen Technologien ermöglicht sowohl die Kreation neuer Produkte (etwa CNC-Maschinen, Hochleistungskunststoffe, Keramik etc.) als auch die weitgehende Rationalisierung von Produktionsprozessen.

2.3 Räumliche Aspekte der Anpassung

Die langfristige wirtschaftliche Dynamik einer Region hängt von der Fähigkeit der regionalen Firmen ab, neue Technologien zu absorbieren

und in marktgängige Produkte umzusetzen. Die Geschwindigkeit und Qualität der räumlichen Technologiediffusion entscheidet darüber, ob Unternehmen die enormen Kosten und Produktivitätsvorteile neuer Technologien nutzen können (Freeman 1984). Die Anpassung beschränkt sich jedoch nicht auf die Technologie, sondern erfordert auch einen Wandel in den Bereichen Ausbildung, Management, Firmenorganisation, Industrial-relations und (regionale) Wirtschaftspolitik (vgl. Thwaites/Oakey 1985). Viele der notwendigen Anpassungsvoraussetzungen sind auf nationaler Ebene durchzuführen (nationale Innovations- und Technologiepolitik). Gezielte regionale Maßnahmen, etwa des regionalisierten Informations- und Technologietransfers und der Diffusionsförderung, sind im Rahmen einer nationalen Innovationspolitik oftmals die Voraussetzung, damit Maßnahmen überhaupt eine Breitenwirkung erzielen.

Für den Erfolg unternehmerischer Anpassung werden folgende Faktoren – und deren optimale Gestaltung – als zentral angesehen (vgl. Brugger 1986; Brugger/Stuckey 1987):

- Die Dichte vorhandener innovativer und dynamischer Unternehmen (localisation economics);
- die Qualität und Motivation des regionalen Arbeitskräfteangebotes (human capital);
- die Verfügbarkeit innovationsrelevanter Dienstleistungen, wie Ausbildung, Consulting, Finanzierungseinrichtungen (urbanization economics);
- der rasche Zugang zu den Informationsmärkten (Technik, Absatzmärkte, Beschaffungsmärkte, Konkurrenzunternehmen).

Aufgrund der Standortanforderungen technologieintensiver Produktionen ist zu erwarten, daß unterschiedliche Regionstypen aufgrund ihrer Lage und ihrer Betriebsstruktur in unterschiedlichem Maße fähig sein werden, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

- Der Ballungs- und Industrieraum Wien wird als technisch-wissenschaftlicher und kultureller Kristallisationskern den Anforderungen innovationsorientierter Unternehmen am ehesten Rechnung tragen können;
- der obersteirische Industrieraum und einige mittelstädtische Zentren (um einige Landeshauptstädte) verfügen zumindestens teilweise über die nötigen innovationsrelevanten Ausstattungsfaktoren;
- die altindustrialisierten bzw. schwach-industrialisierten peripheren Regionen verfügen hingegen kaum über die nötigen Anpassungsvoraussetzungen. Diese Regionstypen laufen Gefahr, in eine doppelte Konkurrenz zu geraten: Sie können weder mit den Löhnen ausgesprochener Niedriglohnländer noch mit dem Technologieangebot, dem innovationsrelevanten Dienstleistungsangebot und den industriellen „Fühlungsvorteilen“ städtischer Regionen konkurrieren.

Analysen zur Problematik alter Industriegebiete erwarten, daß der „Bedarf“ an Strukturwandel in den alten Industriegebieten in Zukunft aus folgenden Gründen besonders stark sein wird (Palme 1984, Tödting 1986a, Brugger und Stuckey 1987, Tichy 1987, Glatz/Tödting 1988):

- Ein Großteil der bedeutenden Unternehmen ist auf schrumpfenden Märkten der Grundstoffbranchen tätig.
- Es werden vergleichsweise weniger technologie- und skillintensive Produkte, sondern eher standardisierte Massenprodukte hergestellt.
- Viele der hergestellten Produkte befinden sich bereits in der Spätphase ihres Produktlebenszyklus und werden von kostengünstigeren Standorten stark konkurrenziert.
- In der Betriebsstruktur herrschen traditionell orientierte kleine eigenständige Betriebe und außenkontrollierte Zweigbetriebe vor. Beiden werden Defizite im Hinblick auf eigenständige Innovations- und Anpassungsfähigkeit zugeschrieben. In alten Industriegebieten fehlen hingegen Stammbetriebe und größere Mittelbetriebe.
- Die Betriebe geben unterdurchschnittlich wenig für Forschung und Entwicklung aus und beschäftigen unterdurchschnittlich wenig qualifiziertes Personal in Forschung, Entwicklung und Marketing.

2.4 Die Folgen des Strukturwandels in der Obersteiermark

Das hochindustrialisierte Gebiet der Obersteiermark umfaßt rund 300.000 Einwohner. Es zählt zu den bedeutendsten und ältesten Industrieregionen Österreichs. Tiefgreifende Veränderungen in der Struktur dieser Region sind im Gang. Innerhalb der letzten 10 Jahre sind etwa 25 Prozent der industriellen Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Region verfügt aber nach wie vor über erhebliche industrielle Ressourcen: Über 200 exponierte Betriebe, an die 60.000 Beschäftigte im produzierenden Sektor, zum Teil sehr hochwertiges industrielles Know-how, hohe technologische Kapazität einzelner Betriebe, qualifiziertes Personal in nennenswertem Umfang, beträchtliche Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, teure industrielle Infrastruktur.

Eine besondere Ursachenkonstellation trägt jedoch dazu bei, daß in der Obersteiermark und in anderen alten Industriegebieten ein stark verzögertes Anpassungsverhalten sowohl bei den Unternehmen als auch im Bereich der politischen Entscheidungsträger vorzufinden ist.

Die zahlreichen, für Österreich vorliegenden theoretischen und empirischen Studien über strukturschwache Regionen (ÖIR et al 1982, Palme 1984, Soref 1985, Grabher 1985), nennen folgende Hauptursachen für die Probleme:

(1) *Fehlen einer ausgewogenen Betriebsgrößenstruktur.* Die Region wird von Großbetrieben, insbesondere in den Grundstoffbereichen dominiert, was sich in der durchschnittlichen Betriebsgröße niederschlägt. Die durchschnittliche Industriebetriebsgröße ist in dieser Region deutlich größer als der Durchschnittswert der Steiermark bzw. Österreichs.

(2) *Existenz einer hohen Branchenkonzentration.* In der Zusammensetzung der Industriestruktur dominieren die Grundstoffbereiche: Bergbau, eisenerzeugende und -bearbeitende sowie papiererzeugende und -verarbeitende Industrie.

(3) *Fehlen wirtschaftsnaher Dienstleistungen.* Die Großbetriebe beziehen diese innerhalb des Unternehmens oder des Konzerns. Der übrigen regionalen Wirtschaft steht nur ein beschränktes Angebot zur Verfügung, das in keinem Verhältnis zum wirtschaftlichen Potential der Region steht.

(4) *Geringe Gründungsdynamik* von produzierenden Betrieben und Überalterung der Substanz. Für die Jahre 1980–85 sind äußerst wenig Neugründungen aber auch Stilllegungen zu beobachten. In dynamischen Regionen kommt es zu zahlreichen Neugründungen, aber auch Schließungen (vgl. Palme 1984).

(5) *Starke externe Kontrolle.* Die bedeutendsten Betriebe haben ihren Unternehmenssitz außerhalb der Region. Die Folge ist, daß wesentliche innovationsrelevante Unternehmensfunktionen (Planung, F & E, Marketing) außerhalb der Region lokalisiert sind.

(6) *Einseitige Qualifikation der Arbeitskräfte* durch Monostruktur. In der Region herrscht eine starke Spezialisierung der Qualifikationen auf Grundstoffbereiche, die für den Strukturwandel benötigten qualifikatorischen Anforderungen können daher kurzfristig nicht erfüllt werden.

(7) *Mangelnde Mobilität der Arbeitnehmer und der traditionellen Unternehmer.* Die geographische Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist sehr gering. Bei traditionellen Unternehmen findet man ein geringes Maß an Außenorientierung und Risikofreude.

Diese Faktoren werden durch die gesellschaftlich-kulturelle Starrheit in der Region, die als „*Kultur der Abhängigkeit*“ umschrieben werden kann, verstärkt. Die Folgen: Die regionale Anpassungs- und Erneuerungsfähigkeit ist behindert. Dies betrifft nicht nur Produktinnovationen, sondern auch die Adaption neuer Techniken und von zeitgemäßem Know-how im Bereich Organisation, Management und Marketing.

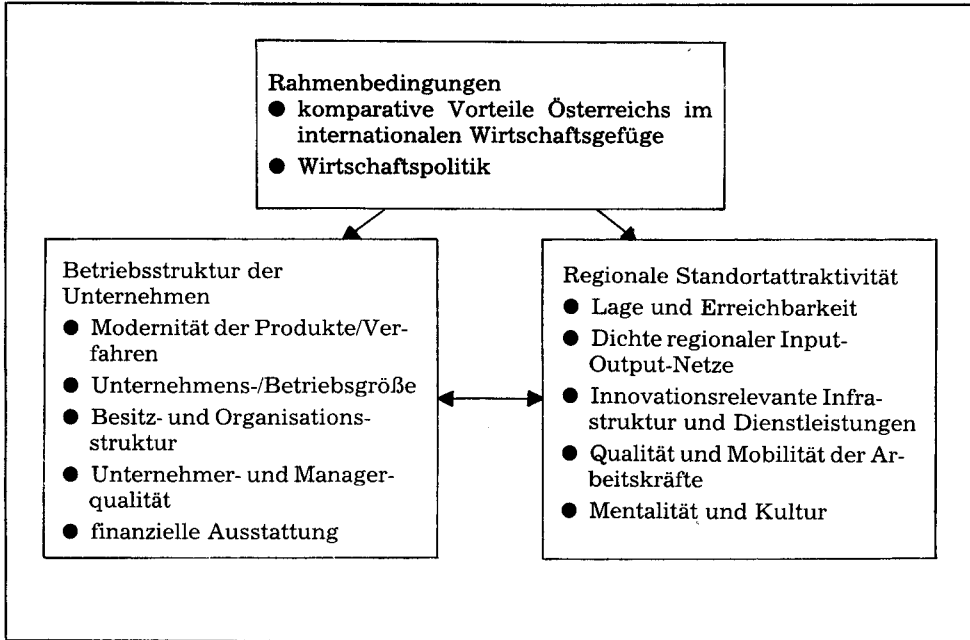
3. Empirische Untersuchung des unternehmerischen Innovationsverhaltens bei Klein- und Mittelbetrieben in der Obersteiermark

In der Obersteiermark produzieren etwa 300 kleine und mittlere Industrieunternehmen (unter 1000 Beschäftigte). Auf sie entfallen etwa die Hälfte der Industriebeschäftigung der Region (ca. 20.000 Arbeitskräfte). Im Rahmen einer repräsentativ angelegten Unternehmensbefragung bei 65 Unternehmen/Betrieben, wurden wesentliche Einblicke in die Stärken und Schwächen der exponierten Klein- und Mittelbetriebe gewonnen.

3.1 Einflußfaktoren auf die Innovationsfähigkeit

Für die Konzeptualisierung der Befragung wurde von folgendem hypothetischen Wirkungsmodell ausgegangen (vgl. Darstellung 1):

Darstellung 1: Einflußfaktoren auf die regionale Innovationsfähigkeit



Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit einer Region wird von den globalen und nationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, von der regionalen Betriebsstruktur und von den regionalen Standortfaktoren (Ausstattungsqualität des regionalen Standortraumes) bestimmt (vgl. Meyer/Kramer 1984, Krist 1985, Brugger/Stuckey 1987, Tödtling 1988).

Die nationalen und globalen Rahmenbedingungen sowie die Maßnahmen der nationalen Wirtschaftspolitik stellen die entscheidenden Einflußgrößen für die regionale Entwicklung dar. Sie sind jedoch aus regionaler Perspektive nicht oder nur marginal beeinflussbar und müssen daher als exogen angesehen werden. Von den regionalen Standortfaktoren gehen zwei Wirkungen aus: Indirekt wirken sie auf die Entstehung spezifischer regionaler Betriebsstrukturen (betriebliche Spezialisierung in und zwischen Regionen). Direkt wirken sie auf das betriebliche Innovationsverhalten selbst (unterschiedlich günstige regionale Voraussetzungen für produkt-, verfahrens- und betriebsorganisatorische Innovationen). Die Betriebsstruktur einer Region ist beschreibbar als ein bestimmtes Mischungsverhältnis von Betriebstypen (groß/klein, eigenständig/außenabhängig), spezifischen Branchenschwerpunkten und Produktlinien, unterschiedlicher betrieblicher Qualifikationsstruktur usw.). Die Art der regionalen Betriebsstruktur wird als maßgeblich für das Innovationsvermögen der regionalen Wirtschaft erachtet.

Zwischen Betriebsstruktur und regionalen Standortfaktoren besteht

ein Zusammenhang in der Form, daß sich die Betriebsstruktur längerfristig der Standortqualität anpaßt: Über Ansiedlung dynamischer Unternehmen, aber auch über die Verbesserung der regionalen wirtschaftlichen Infrastruktur können positive Verstärkungseffekte ausgehen, über eine Auslaugung der regionalen Betriebssubstanz (z. B. zunehmende organisatorische Außenabhängigkeit in Folge von Fusionen im Verstaatlichtenbereich) können negative Effekte ausgehen.

In der empirischen Untersuchung wurden, ausgehend von diesen Hypothesen, folgende Fragestellungen untersucht:

- Wie groß ist das Innovationspotential aufgrund betriebsstruktureller Besonderheiten und regionaler Standortfaktoren,
- welche Qualität haben die durchgeführten Innovationen,
- welche Schwierigkeiten haben die Unternehmen bei Innovationen und
- welche Hilfestellungen erwarten die Unternehmen von wirtschaftspolitischen Institutionen (Beratung, Förderung etc.).

3.2 Ergebnisse der Betriebsuntersuchung¹

3.2.1 Das Innovationspotential der Unternehmen/Betriebe

Das Innovationspotential von Unternehmen ist wesentlich von folgenden Faktoren abhängig: Größe; Ausstattung mit dispositiven Funktionen; Qualität der Organisation; Management und Personal; Entwicklungsaufwand; Marktstellung und Marktorientierung; finanzielle Ausstattung; Qualität der Informationsbeschaffung.

Ausstattung mit Unternehmensfunktionen

Die Ausstattung der Unternehmen/Betriebe mit dispositiven Kompetenzen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Behauptung im wirtschaftlichen Strukturwandel. Die befragten Firmen haben *gravierende Schwächen* im Bereich *Marketing und Unternehmensorganisation*. Nur 32 Prozent der Betriebe nehmen diese Funktionen in zeitgemäßer Form wahr. Auch Finanz- und Investitionsplanung wird nur von etwa 50 Prozent der Firmen betrieben.

Zweigbetriebe sind, wie zu erwarten, deutlich unterdurchschnittlich mit Unternehmensfunktionen ausgestattet. Zwei Drittel haben keinen eigenen Marktzugang. Die Finanz- und Investitionsplanung wird in drei Viertel der Zweigbetriebe im Mutterunternehmen durchgeführt. Investitionsentscheidungen können nur marginal mitbeeinflusst werden. 53 Prozent der Zweigbetriebe betreiben am Standort Entwicklung, immerhin 31 Prozent haben eine eigene Entwicklungsabteilung, ein insgesamt positives Bild.

Einbetriebsunternehmen haben die größten Defizite bezüglich Unter-

nehmensfunktionen. 70 Prozent haben keinerlei mittelfristige Unternehmenskonzeptionen, betreiben kein Marketing und haben deutliche organisatorische Schwächen. 57 Prozent betreiben Entwicklung, aber nur 10 Prozent verfügen hiezu über eine eigene Entwicklungsabteilung. EDV wird erst von einem Drittel genutzt.

Stammbetriebe (von Mehrbetriebsunternehmen) und *eigenständige Tochterunternehmen* bedienen sich bereits in höherem Maße moderner Instrumente der Unternehmensführung und von Marketingstrategien, wenn auch diesbezüglich noch deutliche Schwächen bestehen. Drei Viertel haben Zugriff zu einer Entwicklungsabteilung, mehr als die Hälfte haben ihre Verwaltung bereits auf EDV umgestellt.

Fertigungsart und Abnehmerstruktur

57 Prozent der Betriebe erzeugen technisch eher einfache Endprodukte, vorwiegend für den Konsumgüterbereich (Bekleidung, Geräte, Werkzeuge, Möbel, Fenster, Haus- und Küchengeräte etc.). 43 Prozent der Firmen erzeugen Zwischenprodukte als Zulieferer, vorwiegend im Investitionsgüterbereich (Maschinenteile, Hydraulikteile, Zahnräder, Werkzeuge etc.); 50 Prozent der Unternehmen/Betriebe sind maßgeblich von einem Großabnehmer abhängig, am stärksten die Einbetriebsunternehmen und die eigenständigen Tochterunternehmen. Am stärksten ist die Abhängigkeit von großen Abnehmern in den Branchen Textil und Bekleidung, Holzverarbeitung, Kunststoffverarbeitung, Metallwarenerzeugung und Papiererzeugung.

Absatzmärkte

Insgesamt exportieren die kleinen und mittleren Unternehmen der Obersteiermark überdurchschnittlich (ungewichtete Exportquote 47 Prozent). Zweigbetriebe weisen eine relativ breite geografische Streuung ihrer Märkte auf, während kleine Einbetriebsunternehmen eher nur einzelne Märkte bedienen. 40 Prozent der Zweigbetriebe haben ihren Absatzschwerpunkt im Inland, weitere 40 Prozent in Westeuropa, der Rest in den Oststaaten bzw. in Übersee. Zwei Drittel der Einbetriebsunternehmen haben ihren Marktschwerpunkt in Österreich (eher wenig dynamische und alte Unternehmen), ein Drittel hat eine sehr weiträumige Geschäftspolitik mit Absatzschwerpunkt Westeuropa (vorwiegend BRD) mit teilweise beachtlichen Exporten in Überseeländer. In größenspezifischer Betrachtung ergibt sich eine zunehmende Exportorientierung mit zunehmender Betriebs-/Unternehmensgröße. Etwa zwei Drittel der Unternehmen haben seit 1980 neue Märkte erschlossen, bei etwas mehr als der Hälfte handelt es sich um Markterschließungen mit vorhandenen Produkten (Marktausweitung). Der kleinere Teil hat auch neue Produkte auf neuen Märkten untergebracht (Diversifizierung).

Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

Die Mehrheit der Betriebe führt zwar „Neuerungen“ durch, Forschung im engeren Sinn ist jedoch nur bei einer verschwindenden Mehrheit von Betrieben vorhanden. Zwei Drittel der Unternehmen tätigen keine oder nur marginale Forschungsaufwendungen. 29 Prozent der Unternehmen geben für Forschung und Entwicklung jährlich 1 bis 2 Prozent des Umsatzes aus, 7 Prozent der Unternehmen über 2 Prozent. Von den Einbetriebsunternehmen und den kleinen Unternehmen unter 50 Beschäftigten forscht und entwickelt nur ein Viertel, es werden jedoch in einzelnen Fällen sehr hohe Aufwendungen getätigt. *Gemessen am österreichischen Durchschnitt geben die obersteirischen Unternehmen zu wenig für Forschung und Entwicklung aus.*

Über eine eigene Entwicklungsabteilung verfügen 30 Prozent der Betriebe. Am günstigsten ist die Ausstattung bei den Zweigbetrieben (Mutterunternehmen!) und den eigenständigen Tochterunternehmen (Partner), am ungünstigsten bei den Einbetriebsunternehmen.

Innovationsverhalten

Innovationen tragen bei den meisten Betrieben den Charakter von Weiterentwicklungen, die primär im Zusammenspiel mit dem Kunden erfolgen. Die Planung setzt oft erst ein, wenn Probleme und Engpässe auftauchen. *Für 50 Prozent der Betriebe unter 100 Beschäftigten ist Innovation ausschließlich kurzfristiges Agieren und Reagieren.* Die wesentlichsten Impulsgeber für Innovationen sind Kunden sowie die eigene Entwicklungsabteilung bei Produktinnovationen, die Lieferanten und Messen bei Verfahrensinnovationen.

Die Einführung neuer Produkte

Vom Gesamtumsatz der befragten Betriebe fallen etwa 50 Prozent auf Produkte, die seit 1980 neu eingeführt worden sind, je ein Viertel des Umsatzes entfällt auf Produkte, die zwischen 5 und 10 Jahren bzw. älter sind. *Etwa drei Viertel der Betriebe/Unternehmen haben seit 1980 neue Produkte eingeführt, aber nur 20 Prozent haben Produkte eingeführt, die auf dem österreichischen Markt als neu zu bezeichnen sind.* Stammbetriebe und eigenständige Tochterunternehmen haben überdurchschnittlich viele Produktinnovationen durchgeführt, ebenso Betriebe der Größenklasse 50 bis 99 Beschäftigte. Einbetriebsunternehmen und Kleinbetriebe unter 50 Beschäftigte haben die wenigsten Produktinnovationen durchgeführt.

Geplante Innovationen

In den nächsten Jahren planen 80 Prozent der Betriebe Innovationen, der Rest der Betriebe kann mit Sicherheit als stagnierende Auslaufbetriebe bezeichnet werden. *Im Bereich der Einbetriebsunternehmen plant nur ein unterdurchschnittlicher Prozentsatz Innovationen*, wobei die Verwaltungsrationalisierung (vermutlich ein Rückstand) und die Produktfindung dominieren. *Eigenständige Tochterunternehmen planen eine breite Palette von Innovationen. Zweigbetriebe werden in der nahen Zukunft verstärkt den Einsatz automatisierter Fertigungstechniken vorantreiben*, während hier die Büro- und Verwaltungsmodernisierung weitgehend abgeschlossen ist.

Unternehmen der Größenklasse 50 bis 99 Beschäftigte planen die meisten Innovationsvorhaben (Schwerpunkte: neue Produkte, neue Materialien, Markterschließung). Kleinbetriebe unter 50 Beschäftigte wollen in den nächsten Jahren insbesondere den Rückstand im Bereich EDV abbauen und erkennen zunehmend die Notwendigkeit systematischer Markterschließung. Bei großen Betrieben (über 250 Beschäftigte) dominieren als Innovationsziele Teilautomation, Markterschließung und Produktfindung.

3.2.2 Betriebliche Innovationsengpässe

Als wesentliche betriebliche Innovationsengpässe kristallisierten sich folgende 4 Bereiche heraus:

- *Marketingschwäche*. Nur ein knappes Drittel der Betriebe kann eine klare Marketing- und Verkaufsstrategie vorweisen. Die fremdsprachige Exportabwicklung überfordert die Betriebe.
- *Schwächen in der Unternehmensorganisation und -führung*. Weniger als ein Drittel der Unternehmen legt Wert auf moderne Organisations- und Führungsformen und hat in den letzten Jahren ihr Unternehmen entsprechend umorganisiert.
- *Probleme bei der EDV-Einführung*. Mehr als ein Drittel der Unternehmen sieht sich bei dieser Frage mit größeren Problemen konfrontiert.
- *Wenig eigenständige Produktinnovation*. Nur etwa ein Fünftel der Unternehmen hat in den letzten 5 Jahren Produkte mit nennenswertem Neuheitscharakter eingeführt. Der Großteil der Firmen beschränkt sich auf Produktpflege und -imitation.

Es sind deutlich unterschiedliche Engpässe je nach Betriebstyp und Betriebsgröße zu registrieren:

- *Zweigbetriebe* können im Innovationsprozeß auf ihr Mutterunternehmen zurückgreifen und haben primär Personalrekrutierungsprobleme.
- *Einbetriebsunternehmen* und *kleine Betriebe* nannten vorwiegend Finanzierungsengpässe sowie mangelnde Marktkenntnis und Marketingkompetenzen („was können wir wie erfolgreich am Markt

plazieren“). Es sind dies oft Betriebe, die relativ wenig Erfahrung und wenig qualifiziertes Personal für die Marktbearbeitung haben.

- *Kleinbetriebe* bis 50 Beschäftigte urgierten neben den Finanzierungs- und Marktproblemen am stärksten Informationsengpässe und fehlende Beratungsangebote (kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher und technischer Bereich) als Innovationshemmnisse.

3.2.3 *Der Standort als Innovationsengpaß*

Viele Unternehmen hatten Schwierigkeiten, ihren Standort differenziert zu beurteilen. Vordergründige Probleme wie Verkehrserschließung oder Personalprobleme wurden häufiger genannt als weniger „sichtbare“ Faktoren, die den Informationszugang, die Qualität der unternehmensbezogenen Dienstleistungen und die Kooperationsmöglichkeiten mit komplementären Unternehmen betrafen.

Speziell für kleine Betriebe mit traditioneller Organisation und Führung ist der Standort eine unreflektierte Selbstverständlichkeit.

Wesentliche standortbezogene Innovationshemmnisse aus der Sicht der Unternehmen sind:

- *Ungünstige großräumige Verkehrsanbindung.* Die Lage erschwert insbesondere Kundenkontakte, Liefer- und Zulieferbeziehungen. 56 Prozent der Unternehmen sind diesbezüglich mit dem Standort Obersteiermark unzufrieden.
- *Engpässe im Bereich Fach- und Führungskräfte.* 54 Prozent der Unternehmen haben bei der Facharbeiterrekrutierung Schwierigkeiten. Ca. 80 Prozent jener Unternehmen, mit Bedarf an Ingenieuren und kaufmännischen Führungskräften, können ihren Bedarf nur unter großen Schwierigkeiten decken.

3.2.4 *Erwartungen der Unternehmen an die Regional- und Innovationspolitik*

Informationsverhalten

Kleine Unternehmen haben ein sehr spezifisches Informationsverhalten. Einzelne Informationsquellen (Messen, informelle Kontakte, Zeitschriften) werden zwar genutzt, jedoch nicht systematisch. Beim Auftauchen von Problemen versuchen sie ad hoc spezifische, komprimierte und vor allem billige Informationsquellen zu erschließen. Damit sind auch die Anforderungen für ein regionales Informationssystem umrissen: Es bedarf eines unabhängig von Einzelunternehmen aufgebauten funktionierenden „Informationsmarktes“, der, systematisch erschlossen, einen fallorientierten Zugriff erlaubt.

Das Interesse an und die Akzeptanz von Beratung ist bei den Unternehmen eher gering: 40 Prozent der befragten Betriebe hatten

noch nie Kontakte zu Forschungs- und Beratungsstellen (Ausnahme Handelskammer und Förderungsstellen), Einbetriebsunternehmen hatten die wenigsten Kontakte (ein Drittel). Mit zunehmender Betriebsgröße ist auch eine zunehmende Häufigkeit der Beratungsinanspruchnahme zu verzeichnen.

Beurteilung von staatlichen Hilfestellungen für Innovationen

Innovationsförderung: Ein Drittel der Unternehmen haben eine solche in den letzten Jahren beansprucht (Forschungsförderung, Top-Aktion, sonstige). Allerdings sind diese Einrichtungen nicht ausreichend bekannt. Von den kleinen Unternehmen mit Innovationserfahrung wurde die Wichtigkeit der Innovationsförderung stark betont. Sie sollte Instrumente im Bereich Entwicklung, Fertigungsüberleitung, Markterkundung, Risikokapitalbereitstellung und Beratung umfassen.

Beratung: Obwohl rund die Hälfte der kleinen Unternehmen ausgeprägte Informationsmängel im Bereich Markt und ein Viertel ein Defizit an technischen Informationen beklagt, haben relativ wenige Unternehmen in der Vergangenheit den Weg zu Informations-, Beratungs- und Forschungseinrichtungen gefunden.

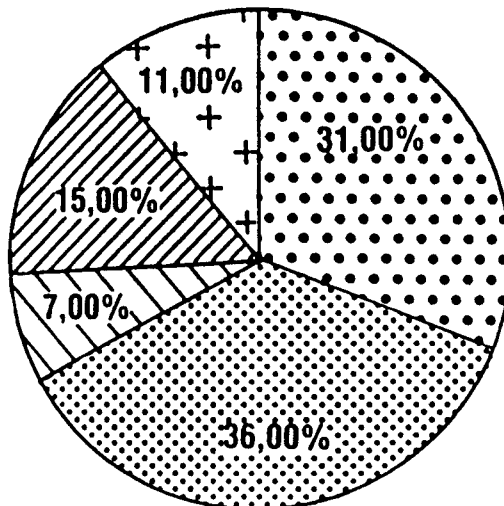
Am größten ist das Defizit im Bereich Einbetriebsunternehmen sowie Kleinunternehmen bis 50 Beschäftigte. Nur ca. 30 Prozent der entsprechenden Unternehmen hat in den letzten Jahren ein- oder mehrmals Berater ins Haus geholt oder Informationen bei Universitäten, For-

**Darstellung 2:
Die Struktur der Klein- und Mittelunternehmen nach
Innovationstypen (in Prozent der Beschäftigten im jeweiligen Typ)**

Krisen-Unternehmen

nicht innovative
Zweigbetriebe

nicht innovative
stagnierende
Unternehmen



innovative
dynamische
Unternehmen

Unternehmen in
Umstrukturierung

schungseinrichtungen und dergleichen nachgefragt. Dennoch waren 62 Prozent der Betriebe an einem konzentrierten regionalen Beratungsangebot interessiert.

In der Größenklasse bis 99 Beschäftigte bzw. bei den Einbetriebsunternehmen sind 75 Prozent der Unternehmen interessiert. Mit zunehmender Betriebsgröße sinkt das Interesse an einer regionalen Anlaufstelle für Beratungsdienstleistungen.

Von 36 Betrieben wurden 77 Beratungswünsche artikuliert. Abgesehen von der Förderungsberatung liegt der *Schwerpunkt der Beratungswünsche in den Bereichen Marketing, Unternehmensorganisation und -führung sowie Beratung bei der Einführung von EDV*. Auf wenig Interesse stoßen Angebote wie Kooperationsberatung, Ausbildungsberatung, Lizenz- und Patentberatung, Werkstoffberatung.

Als weiteres Ergebnis läßt sich festhalten: Die Beratungsangebote müssen näher an die Betriebe herangebracht und ihnen schmackhaft gemacht werden. Eine regionale Anlauf- und Kontaktstelle, wie sie im Aufbau begriffen ist, erscheint als richtiger Ansatzpunkt. Sie muß bedarfsgerecht ausgebaut und mit überregionalen Einrichtungen (WIFI, Beratungsfirmen etc.) vernetzt werden, um Benutzernähe und hohe Qualität zu gewährleisten.

3.2.5 Zusammenfassende Schlußfolgerungen aus der Betriebsuntersuchung

Die Betriebsbefragung läßt den Schluß zu, daß zwar zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen in der Obersteiermark beachtliche Innovationsanstrengungen unternommen haben. Im Vergleich zu anderen Regionen sind die Unternehmen der Obersteiermark jedoch weniger innovativ (vgl. Glatz/Tödting 1988). Fast 50 Prozent der Firmen mit etwa einem Drittel der Beschäftigten haben sich an die veränderten Bedingungen nicht ausreichend angepaßt. Es sind dies vor allem kleine und/oder alte Unternehmen sowie Zweigbetriebe. 11 Prozent der Arbeitsplätze sind akut gefährdet (vgl. Darstellung 2).

Der industrielle Strukturwandel wird jedoch in Zukunft noch rascher als in der Vergangenheit voranschreiten. Als Antwort darauf werden mehr kleine und mittlere Unternehmen eine aktive Innovationsstrategie entwickeln müssen.

4. Innovationsorientierte Regionalpolitik

4.1 Innovation als Engpaß regionaler Entwicklung

Die veränderten Rahmenbedingungen (verschärfte Konkurrenz, zunehmende Internationalisierung der Produktion, Marktsättigung, vgl. Punkt 2) im wirtschaftlichen Bereich, verbunden mit grundlegen-

den und raschen technologischen Veränderungen, stellen kleine und mittlere Betriebe, insbesondere in Regionen außerhalb der industriellen Verdichtungsgebiete (alte Industriegebiete und periphere Agrargebiete) vor erhebliche Probleme in bezug auf die Anpassung (vgl. Ewers et al 1980, Brugger 1984). Nur die Unternehmen bzw. Regionen, welche in der Lage sind, ihre Kosten konkurrenzfähig zu gestalten bzw. den Verlust alter Märkte durch die Erschließung neuer Märkte auszugleichen, werden im weltweiten Konkurrenzkampf bestehen und Gewinne, Arbeitsplätze und Einkommen sichern können.

Innovationen im Sinne der Nutzbarmachung wissenschaftlicher Erkenntnisse werden in Zukunft eine zentrale Bedeutung für die Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen und damit für die Sicherung von Einkommen und Beschäftigung haben. Die Wirtschafts- und Regionalpolitik muß diesen veränderten Bedingungen angepaßt werden. In Zukunft wird an die Stelle einer an mengenmäßigen Beschäftigungszuwachs gerichteten Regionalpolitik eine *wirtschaftlich* und *sozial innovative regionale Strukturpolitik* treten müssen.

Das unten kurz dargestellte Konzept einer innovationsorientierten Regionalpolitik stellt die Erhöhung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der einzelnen Räume einer Volkswirtschaft ins Zentrum der Überlegungen. Die Bedingungen für eine bessere Anpassungsfähigkeit sind aufgrund von lückenhafter theoretischer und empirischer Forschung noch nicht exakt und zweifelsfrei zu bestimmen. Weitgehend unstrittig ist jedoch, daß intensive und rechtzeitige Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der Unternehmen und eine hohe Qualität der Führungs- und Arbeitskräfte die Fähigkeit, auf neue Situationen zu reagieren, entscheidend verbessern können. Beide Faktoren sind eine notwendige Voraussetzung für eine ausreichende Innovationsrate, sowohl auf technischen als auch auf organisatorischen und gesellschaftlichen Gebieten.

Der vorliegende Beitrag befaßt sich zwar mit Möglichkeiten regionaler Innovation und Anpassung, wenn es unter den gegenwärtigen Bedingungen (global und national) zu spürbar rascherer Innovation und Anpassung kommen soll, dann müssen die nationalen Rahmenbedingungen für Innovationen und innovative Investitionen auf breiter Basis verbessert werden, weil die österreichische Wirtschafts- und Industriepolitik selbst durch ein Defizit an Innovationsorientierung gekennzeichnet ist (vgl. Tichy 1986, Ostleitner 1986). Eine regionale Innovationspolitik setzt eine nationale Innovationspolitik voraus und kann nur deren regionspezifische Ausformung, Verlängerung und Ergänzung sein. Eine nationale Innovationspolitik erfordert neue Akzente in den Bereichen Industrie-, Technologie-, Wissenschafts- und Ausbildungs politik (vgl. Volk 1986).

4.2 Ziele, Zielgruppen und Instrumente einer innovationsorientierten Regionalpolitik

Ziele

Das Konzept einer innovationsorientierten Regionalpolitik wurde in erster Linie als Antwort auf den abnehmenden Erfolg und die negativen strukturellen Auswirkungen der bisherigen Regionalpolitik entwickelt (vgl. Krist 1987). Im Mittelpunkt der innovationsorientierten Regionalpolitik steht nicht mehr die Betriebsansiedlung und der Straßen- und Infrastrukturausbau, sondern die Verbesserung der regionalen Innovationsbedingungen. Innovationsorientierte Regionalpolitik zielt auf das regionale Potential von Betrieben und Unternehmen, das sogenannte „endogene Potential“ ab und setzt bei jenen Faktoren an, welche über die Fähigkeit zur Hervorbringung bzw. Adaption von Innovationen entscheiden (vgl. Ewers et al 1980, S. 9). Durch rasche Anpassung der Produktionsstruktur der regionalen Betriebe (Übernahme neuer Technologien, Produktion höherwertiger, humankapitalintensiver Güter und Dienstleistungen) werden positive Effekte auf Wertschöpfung, Produktivität, Einkommen und Arbeitsplätze einer Region erwartet (vgl. Brugger 1984, S. 26). Innovationsorientierte Regionalpolitik wird als Strategie „endogener Erneuerung“ auch als geeigneter Ansatz zur Überwindung der Probleme alter Industriegebiete gesehen (vgl. ÖIR 1982). Darstellung 3 vermittelt mögliche Wirkungszusammenhänge einer innovationsorientierten Regionalpolitik.

Zielgruppen

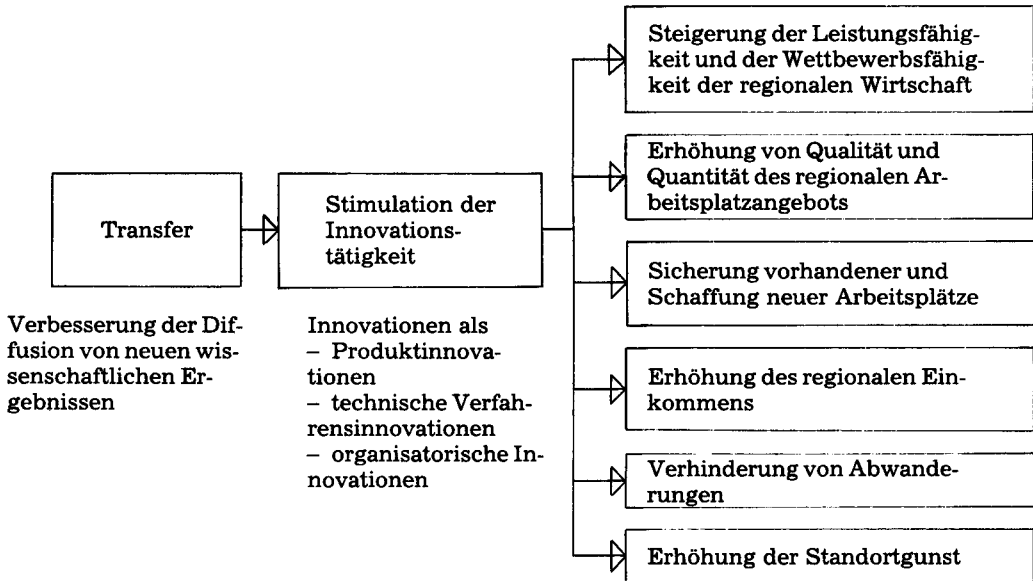
Primäre Zielgruppen sind kleine und mittlere Unternehmen und die regionale Wirtschaftsbevölkerung. Erstere sollen in ihrer Innovationsfähigkeit gestärkt, letztere zu Betriebsneugründungen bzw. zu verstärkter Aus- und Weiterbildung motiviert werden (vgl. Glatz/Tödtling 1988). Die Nachfrage nach dem Dienstleistungsangebot einer innovationsorientierten Regionalpolitik wird speziell von moderneren Klein- und Mittelbetrieben kommen, welche aufgrund ihrer Exponiertheit im Wettbewerb einen hohen Innovationsbedarf haben und deren Unternehmensorganisation und -führung offen für externe Informationen, Ideen, Inputs und Beratung ist.

Instrumente

Die veränderten Zielsetzungen der innovationsorientierten Strukturpolitik erfordern erhebliche Erweiterungen bzw. Umschichtungen im Bereich der Förderungsinstrumente. Generell ist in Ländern, in denen innovationsorientierte Regionalpolitik bereits seit längerem erprobt

Darstellung 3:

Wirkungsmodell einer innovationsorientierten Regionalpolitik



wird, eine Umorientierung der Instrumente, weg von den traditionellen Kapitalanreizen (Subventionen, Zinsenzuschüsse und Steuererleichterungen) hin zur Förderung nicht materieller Investitionen, der Beratung und des Technologietransfers sowie von Qualifikationsmaßnahmen feststellbar (vgl. Brugger 1984, Glatz/Tödting 1988). Wesentliche Maßnahmenschwerpunkte einer neuen, innovationsorientierten Regionalpolitik sind:

Innovationsberatung. Sie soll die Anpassungsfähigkeit bestehender Betriebe und Unternehmen an neue Technologien, Märkte und Organisationsformen durch Information, betriebswirtschaftliche und technische Beratung sowie Qualifizierungsprogramme für Führungskräfte unterstützen. Bestehende Einrichtungen regionaler Innovationsberatung zielen darauf ab, innovationsrelevante Dienstleistungen kontinuierlich von dezentralen Einrichtungen aus an die Unternehmen heranzutragen („Bring-Prinzip“).

Regionalisierung der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik. Kleinere und mittlere Betriebe – besonders solche in peripheren Standorten – haben einen erschwerten Zugang zu Forschungs- und Entwicklungsmitteln und Ressourcen. Aufgabe des Bundes als Träger der Forschungskompetenzen ist es, das regionale Gefälle zumindest teilweise abzubauen.

Förderung der innerregionalen Kooperation. Zwischenbetriebliche Kooperation hat im Rahmen der innovationsorientierten Regionalpolitik einen hohen Stellenwert zur Erzielung höherer Skalenerträge, zur

Kostensenkung (z. B. Transport), zur Erziehung höherer regionaler Wertschöpfung sowie sonstigen „Fühlungsvorteilen“.

Selektive Betriebsansiedlungspolitik. Aus innovationsorientierter Sicht ist eine harte Auswahl von Betrieben zu fordern. Positive regionale Entwicklungsbeiträge werden nur von (Zweig-)Betrieben erwartet, die know-how-intensive Produkte herstellen, pro geschaffenen Arbeitsplatz relativ viel investieren, eine hohe eigene Innovationsintensität haben und möglichst viele betriebliche Entscheidungsfunktionen vor Ort aufweisen.

Verbesserung des Zugangs zu Risikokapital. Finanzielle Engpässe treten bei innovativen Investitionen, insbesondere bei folgenden Betriebstypen auf: bei Neugründungen fast generell sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen, die in neue Produktfelder vordringen. Für Österreich müssen Modelle der Risikokapitalaufbringung gefunden werden, die eine breitere Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen ermöglichen.

Innovative Ausbildungspolitik. In Zeiten eines starken wirtschaftlichen Wandels ist eine hochqualifizierte Arbeiterschaft eher geeignet, Innovationsfähigkeit und Produktivität positiv zu beeinflussen, als ein weniger qualifiziertes Arbeitskräfteangebot (vgl. Wagner 1986). Der Qualifikation wird eine entscheidende Bedeutung für die Inangangsetzung und Bewältigung von Innovationen beigemessen, gleichgültig, ob es sich um technische, organisatorische oder Marketinginnovationen handelt.

4.3 Maßnahmenvorschläge für die Obersteiermark

Regionalpolitik und Strukturpolitik haben in der Obersteiermark die primäre Aufgabe, den betrieblichen Strukturwandel so zu begünstigen, daß die Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedergewinnen bzw. erhalten können. „Erfolgreicher Strukturwandel heißt Anpassung der Produktpalette an die (potentiellen) Nachfragebedingungen bei gleichzeitiger Sicherung von Amortisation, Ertragskraft und Beschäftigung bei hohen Löhnen. Das gilt für Unternehmen ebenso wie für Branchen, Regionen und die Volkswirtschaft insgesamt“ (Matzner 1986).

Für die Strukturverbesserung im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen erscheinen Maßnahmen in drei Bereichen vordringlich.

Beratung und Technologietransfer. Angesichts der Komplexität des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes, seiner großen Bedeutung für den unternehmerischen Erfolg und der regionalen Nachteile beim Zugang zu Informationen und Know-how stellt ein verbesserter Informationstransfer auf der Basis regionaler Kooperation einen wichtigen Schritt zur Erhaltung, Stärkung und den Ausbau bestehender Betriebe sowie für die effizientere Beratung von Unternehmensneugründungen dar. Tichy (1986) schlug für Österreich ein mehrstufiges, hierarchisches Innovationstransfersystem vor, das es ermöglichen soll, auf das technisch-ökonomische Know-how im internationalen Maßstab rascher

zugreifen zu können. Aufgrund der Innovationsmängel, die in der Betriebsbefragung festgestellt wurden, sollten wesentliche Aufgabenfelder der Innovationsberatung auf der regionalen Stufe sein:

- *Motivations- und Öffentlichkeitsarbeit*, um bei noch zu wenig innovativen Unternehmen die Nachfrage nach Information und Beratung zu „schaffen“. Ein nicht unbedeutender Teil der kleinen Betriebe ist sich gegenwärtig der Notwendigkeit permanenter und umfassender betrieblicher Innovationen zu wenig bewußt. Der Informations- und Beratungsansatz bietet als einziger eine (möglicherweise nur kleine) Chance, bei den Unternehmen einen Bewußtseins- und Einstellungswandel zu fördern. Monetäre Anreize sind dazu ungeeignet.
- Für die eigentliche *betriebs- und projektbezogene Beratung und Betreuung* ergab die Unternehmensbefragung drei Defizitbereiche: Verbesserung der Betriebsorganisation (EDV-Einsatz, Rationalisierung); Vermittlung und Aufbereitung von Marktinformationen und Unterstützung bei der Durchführung von Markterschließungskonzepten; Hilfestellungen bei der Produkteinführung (Innovationstechniken, Entwicklungsbetreuung, Unterstützung bei Beschaffungsstrategien).
- *Allgemeine Informationstätigkeit*. Nachfrage besteht nach Technikinformation und Recherche, Vermittlung von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Information und Beratung über innovationsrelevante Förderungen. Durch Informationsgespräche, regionale Aussendungen, Vortrags- und Seminarveranstaltungen sowie die Initiierung und Betreuung von speziellen regionalen Arbeitskreisen, könnte diese Informationsaufgabe mit der notwendigen Breitenwirkung erfüllt werden.

Aus der begleitenden Untersuchung einer Beratungsaktion in der Obersteiermark (Glatz/Moser 1987) konnten folgende Rückschlüsse für Organisation und Schwerpunktsetzung der Beratungstätigkeit gewonnen werden: Ein großer Teil des artikulierten Beratungsbedarfs wäre im Prinzip über bestehende Einrichtungen (regional und überregional) zu decken. Das eigentliche Problem liegt jedoch in der Motivation zur Inanspruchnahme von Beratung. Beratungsorganisation sollte deshalb vom bestehenden „Holprinzip“ stärker zum „Bringprinzip“ verändert werden.

Eine regionale Anlauf- und Kontaktstelle könnte dieser Anforderung vermutlich in hohem Maße gerecht werden. Ein kleines Team von Generalisten mit ausreichender Beratungserfahrung und guten Kontakten zu überregionalen Einrichtungen könnte einen bedeutenden Teil der (Erst-)Beratungen ausführen und für speziellere Problemstellungen als Vermittler von Spezialisten auftreten. Das Funktionieren eines solchen Modells erfordert eine unbürokratische Vernetzung und Zusammenarbeit mit höher- und höchstrangigen Einrichtungen der Kammern, Beratungsfirmen, Forschungs- und Finanzierungseinrichtungen und öffentlichen Stellen. In der Region wurde Anfang 1988 ein regionales Technologietransferzentrum gegründet, welches längerfristig in der Lage sein könnte, die oben formulierten Aufgabenstellungen

zu erfüllen. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, diejenigen Akteure, welche für die regionale Entwicklung relevant sind, verstärkt in einer produktiven Form in das bestehende Transferzentrum einzubinden, um diesem mehr Schlagkraft und Kompetenz zu verleihen.

Verbesserung des monetären Förderungsapparates und der Betriebsansiedlungsförderung

Die enormen regionalen Beschäftigungsprobleme der Obersteiermark schlagen sich in einem hohen „Bedarf“ an strukturerhaltenden Subventionen nieder. Einer Empfehlung der OECD folgend (OECD 1986) ist daher zu fordern, daß die Förderung innovatorischer Projekte und erfolgreicher regionaler Unternehmen zumindest das gleiche Gewicht haben sollten als defensive Sanierungshilfen mit Überbrückungscharakter. Im Bereich der monetären Förderung ergeben sich folgende zusammenfassende Maßnahmenempfehlungen für die Obersteiermark:

- *Selektive, innovationsorientierte Ansiedlungsförderung.* Der konzeptuelle Ansatz der innovationsorientierten Regionalpolitik ist geeignet, auch einige Denkanstöße zur Weiterentwicklung der Betriebsansiedlungspolitik zu geben. Chancen für eine regionale Strukturverbesserung durch Betriebsansiedlungen bestehen nur dann, wenn eine sorgfältige Projektauswahl erfolgt. Maßgebliche Kriterien könnten sein:
 - Verbesserung der Produktstruktur der Region hin zu höherwertigen Verarbeitungsgütern,
 - Ausstattung der Projekte mit unternehmerischen Planungs- und Entscheidungsfunktionen,
 - Wirksamwerden von externen „Effekten“ auf die regionale Wirtschaft über Zulieferungs- und Kooperationsbeziehungen oder über Vorbildwirkung,
 - hohe Qualifikation und Entlohnung der Arbeitskräfte, hohe Ausbildungs- und Trainingseffekte.

Die Investitionshöhe pro Arbeitsplatz als Hauptkriterium der bestehenden regionalen Sonderförderungsaktion ist für eine strukturpolitische Selektion der Projekte zu wenig. Insbesondere im Rahmen der aufgestockten Arbeitsplatzprämie (200.000-Schilling-Aktion) sind strengere strukturpolitische Anforderungen zu stellen (etwa modifizierte TOP-Kriterien), wenn schon derart günstige Förderungskonditionen geboten werden.

- *Förderung erfolgreicher regionaler Unternehmen.* Eine solche Förderung kann zwei positive Aspekte haben: Erstens werden die Förderungsmittel in jene Unternehmen gelenkt, von denen eine höhere Regionspersistenz, eine stärkere innovatorische Dynamik und höhere regionale Einkommen erwartet werden können, zweitens übt eine Prämierung von strukturpolitisch wünschenswerten Investitionen auf andere Unternehmen einen Anreiz aus, ebenfalls höherwer-

tige und damit förderungswürdige Projekte zu realisieren. Die immer wieder diskutierten Mitnahmeeffekte einer solchen Förderung sind bei dynamischer Betrachtung auch positiv zu bewerten. Im Zusammenhang mit innovativen Investitionen wird in vielen Fällen eine Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, wie dies von der regionalen Sonderförderungsaktion gefordert wird, nicht möglich sein, so daß diese Aktion insbesondere für kleine Unternehmen wenig attraktiv ist.

- *Förderung der Umstrukturierung.* Unternehmen, die im Gefolge des Strukturwandels in Schwierigkeiten geraten sind, bei denen jedoch der Wille und die Fähigkeiten gegeben sind, durch Umstrukturierungen mittelfristig wieder auf Erfolgskurs zu gelangen, sollten Umstellungshilfen erhalten können. Die Umstrukturierung erfordert meistens ein breites Bündel von Maßnahmen auf betrieblicher Ebene (neue Produkte, Rationalisierung, organisatorische Veränderungen, andere Marketingstrategien, neues Personal etc.).
- *Förderung von Unternehmensneugründungen.* Die Obersteiermark braucht für einen raschen intrasektoralen Strukturwandel mehr Unternehmensneugründungen. Die hohe Bedeutung von Neugründungen für den Strukturwandel steht gegenwärtig in keiner Relation zu deren Stellenwert im Förderungsinstrumentarium. Die Sonderförderungsaktion sollte auf die Gegebenheiten von Neugründungen abgestimmt werden und möglichst flexibel und risikofreudig agieren, auch wenn dadurch einzelne Förderungsausfälle entstehen.

Diese Vorschläge sind vor dem Hintergrund einer generellen Reformbedürftigkeit des (regionalen) Industrieförderungssystems zu sehen. Expertisen und Stellungnahmen fordern eine Korrektur des Investitionsförderungssystems in folgenden Bereichen (vgl. Beirat 1987, Glatz/Töttling 1988, Szopo et al 1985):

- Verlagerung des Schwerpunktes der direkten Förderung zu erfolgsrelevanten immateriellen betrieblichen Faktoren (Forschung und Entwicklung, Fertigungsüberleitung, Marketing etc.).
- Koordination und Vereinfachung der Vielzahl isoliert nebeneinander bestehender bzw. miteinander konkurrierender Förderungsaktionen.
- Verknüpfung von innovationsorientierten und regionalen Förderungskriterien zu einem industrieeinheitlichen Vergabeschema.

Um eine höhere wirtschaftliche Rationalität und Einheitlichkeit der Förderungsvergabe zu gewährleisten, dürfte eine weitere Konzentration und Zentralisierung der Investitionsförderung auf wenige (Bundes-)Träger sinnvoll sein. Investitionsprojekte sollten nach einem einheitlichen Kriterienkatalog begutachtet werden (vgl. Beirat 1988). Je höher die Qualität eines Ansiedlungswerbers im Vergleich zur Standortqualität der Region einzuschätzen ist, umso höher könnte die zu gewährende Förderung sein, weil ein solches Unternehmen einen positiven Beitrag zur Standortverbesserung der jeweiligen Region leistet. Umgekehrt sollten beim Unterschreiten bestimmter Mindestanforderungen keine (Ansiedlungs-)Förderungen gewährt werden.

Koordination der Träger und Maßnahmen

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger haben auf die Probleme der Obersteiermark reagiert und sowohl die monetären Instrumente als auch Informations- und Beratungsinstrumente geschaffen bzw. ergänzt. Listet man die wesentlichen, für die Obersteiermark geschaffenen Förderungs- und Beratungsinstrumente auf (siehe Darstellung 4 und 5), so kann beinahe von einem „Wildwuchs“ der Instrumente gesprochen werden.

Was weitgehend fehlt, ist ein Gesamtprogramm für die Obersteiermark und ein Organisationsmodell zur Koordination der Maßnahmen.

Zwar veranstaltete der Bund gemeinsam mit dem Land Steiermark zwei Obersteiermark-Regionalenqueten (in Leoben 1981 und Mürzzuschlag 1983), zu denen auch alle wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger geladen waren. Auch ein Großgutachten (ÖIR 1982) für die Entscheidungsfindung wurde von Bund und Land gemeinsam vergeben. Es gelang bis heute nicht, ein einheitliches Gesamtprogramm für die Obersteiermark zu erstellen, welches die Ziele, die Maßnahmen, den Finanzrahmen und einen Zeitplan beinhaltet sowie die wesentlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger unterschiedlicher Ebene koordiniert.

In der bisherigen Programmerstellung und Maßnahmenimplementierung zeigte sich eine große Diskrepanz zwischen Ankündigungspolitik und Wirklichkeit, aber auch die geringe Innovationsfähigkeit einiger Politiker und der verantwortlichen Bürokratien. Folgende Gründe lassen sich für das Nichtzustandekommen eines Gesamtkonzeptes für die Obersteiermark anführen:

- Es besteht ein politisches Konkurrenzverhalten zwischen der SPÖ-dominierten Bundesregierung und der ÖVP-dominierten Landesregierung sowie den SPÖ-dominierten Gemeinden. Dieses hat schon eine wirkungsvolle und breite Durchführung des Regionalmodells Aichfeld-Murboden in den 70er Jahren verhindert (Moser 1982).
- Zunehmend knapper werdende fiskalische Ressourcen führen zu Kompetenz- und Verteilungskämpfen zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften und verhindern somit eine notwendige Verbundplanung. Zusammen mit der Angst vor dem Scheitern eines Programmes führte das häufig dazu, daß sich die Gebietskörperschaften bei der Ankündigung von Konzepten übertreffen, bei der konkreten Planung und Durchführung von Maßnahmen weder politische Verantwortung noch die finanziellen Belastungen übernehmen wollen (vgl. Scharpf 1976).
- Schließlich garantiert ein mittelfristig konzipiertes und koordiniertes Regionalprogramm keine raschen spektakulären Einzelerfolge, die für kurzfristig orientierte und agierende Politiker herzeigbar sind. Im Gegenteil: eine fachlich fundierte Durchführung erfordert einen klaren politischen Auftrag und sodann den Rückzug der (Tages)politik aus der konkreten Umsetzung. Ein solcher Rückzug liegt jedoch offensichtlich quer zur Rationalität von (Partei)Politik.

Initiativen und Projekte für die Obersteiermark – Stand Mai 1988¹

Institution bzw. Projekt	Träger	Aufgabenbereich	Kooperationsverhältnis ² in Konkurrenz zu	Koordinierungsbedarf
1. ICD-Austria (Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation)	Bund	Betriebsansiedlungen; internationale Werbung für ganz Österreich	7, 8, 11	groß
2. TTZ – Technologietransferzentrum Leoben	Bund/FZ Seibersdorf/MU Leoben	Förderungs- und Gründungsberatung, Technologieberatung	8, 9, 11	mittel
a) Regionalbüro des Bundes – Regionalbeauftragter des Bundes für die Obersteiermark – Regionalbetreuer der ÖAR (Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung)	ARGE von Vereinen und Initiativen (vom Bund unterstützt)	Beratung von Eigeninitiativen aus der Region, betriebswirtschaftliche Beratung und Mitarbeit im TTZ		
b) Außenstelle des Österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf				
c) Außeninstitut der Montanuniversität Leoben				
3. Regionaler Entwicklungsverband Mürzschlag	Bund/Land/Gemeinden	Gründungsberatung, Förderungsberatung (vor allem Klein- und Mittelbetriebe), Eigeninitiativen		
4. Regionaler Entwicklungsverband Eisenerz	Bund/Land/Gemeinden – Verein steirische Eisenstraße	Gründungs- und Förderungsberatung Erhaltung von Montandenkmälern		

5. EGAM – Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H.	Bund/Gemeinden	Wohnbauprogramme, Beratung		
6. JUVES – Judenburger Verein für Entwicklung und Strukturerneuerung	Gemeinde Judenburg	Image- und Ansiedlungswerbung für Judenburg, Beratung	7, 8, 11	mittel
7. BEA – Steiermärkische Gesellschaft für Betriebsweiterungen und Betriebsansiedlungen	Land Steiermark	Betriebsansiedlung und -erweiterung; Beratung	1, 6, 8, 11	groß
8. Regionalbeauftragter des Landes für die Obersteiermark	Land Steiermark	Schaffung neuer Arbeitsplätze, Betriebsansiedlungen	1, 2a, 6, 7, 11	groß
9. TIM (Technologie, Innovation, Marketing)	Land Steiermark	Intensivberatung einiger ausgewählter Klein- und Mittelbetriebe in Technologie und Betriebswirtschaft	2b	mäßig
10. Kooperationsbüro VOEST	VOEST/privat	Vermittlung und Verkauf von VOEST-Grundstücken	Zuordnung nicht möglich	groß
11. Job Creation Ltd.	privat/Girozentrale	Errichtung von Gründerzentren, Ansiedlung	1, 2a, 6, 7, 8, 10	groß

Anmerkungen:

- 1 Informationsgrundlage ist ein unveröffentlichtes Manuskript der AK Steiermark. Angeführte Initiativen und Projekte sind im Laufe der Zeit in der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Die Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Keine Berücksichtigung finden schon beschlossene, aber noch nicht realisierte Projekte, wie z. B. der Technologiepark Niklasdorf, der Industriepark St. Peter, der Industriepark Kapfenberg etc.
- 2 Grundlage der Einschätzung sind Gespräche mit Experten. Der Koordinierungsbedarf bezieht sich nur auf die angeführten Projekte und Institutionen, d. h. etwaige Überschneidungen mit anderen Landeseinrichtungen, wie z. B. Technova, WIFI, Verein für praktische Betriebsberatung, FGJ (Forschungsgemeinschaft Joanneum), Innofinanz etc. sowie öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften wie HK etc., werden nicht berücksichtigt. Die Projekte ohne Bewertung sind entweder gut untereinander abgestimmt oder sind nicht zuzuordnen.

Während die (zahlenmäßig wenigen) monetären Maßnahmen vom Bund und dem Land Steiermark weitgehend koordiniert sind, werden diese Förderungen noch um Gemeindeförderungen, wie z. B. der Aussetzung von Lohnsummensteuer, Übernahme von Anschließungskosten etc., ergänzt.

Im nicht-monetären Bereich ist das Koordinationsdefizit weit größer. In den letzten Jahren entstanden zahlreiche örtliche, regionale und überregionale Initiativen und Projekte mit dem Schwerpunkt, die Wirtschafts- und Industriestruktur der Obersteiermark zu verbessern (vgl. Darstellung 4). Diese sind teils miteinander vernetzt und aufeinander abgestimmt (organisatorisch bzw. über Personalunionen), bestehen teils nebeneinander und manchmal in direkter Konkurrenz zueinander. In Darstellung 4 wird versucht, Koordinierungsdefizite und Doppelgleisigkeiten aufzuzeigen.

Schlußwort

Eine wirksame innovationsorientierte Regionalpolitik erfordert auch Innovationen bei der Politikformulierung, Politikimplementierung und vor allem bei der Koordinierung der Träger und Maßnahmen. Die vorgeschlagenen Strukturen und Maßnahmen erfordern eine differenzierte Stärkung sowohl des Bundes als auch der Länder bzw. Regionalebene.

Angesichts der Förderungskonkurrenz wird eine selektivere, innovationsorientierte und zwischenregional möglichst gerechte monetäre Förderung leichter durch eine weitere Konzentration der Förderungsaktionen und Zentralisierung auf Bundesebene erreichbar sein.

Bei den regionalen Beratungs- und Technologietransfermaßnahmen handelt es sich um interregional nichtkonkurrierende Maßnahmen, die einerseits Präsenz vor Ort und eine unternehmensnahe Koordination erfordern, andererseits mit einer Vielzahl heterogener Klientel konfrontiert sind (KMU, eigenständige Projekte). Eine zentrale Administration solcher dezentraler Einrichtungen ist aus organisatorischen Gründen schwer bewältigbar. Es sollte daher die Landes- und Regionalebene gestärkt werden. Zur Erzielung einer höheren Wirksamkeit der einzelnen regionalpolitischen Instrumente und Initiativen schlagen wir folgende Vorgangsweise vor:

- Für die Obersteiermark ist ein *Gesamtkonzept* als Modellfall eines typischen „alten Industriegebietes“ zu entwickeln. An den festzulegenden Zielen haben sich die bestehenden Instrumente auszurichten und bei Bedarf sind neue zu entwickeln, ferner ist das Gesamtkonzept um einen Finanz- und Zeitplan zu ergänzen.
- In einem weiteren Schritt ist eine *Koordination* relevanter öffentlicher und privater Entscheidungsträger anzustreben, sei es in informeller oder in institutioneller Weise. Da die bekannten, zur Verfügung stehenden Koordinierungsinstrumente, wie z. B. die Sozial-

partnerschaft, regionale Planungsbeiräte oder Staatsverträge laut § 15a BVG etc., diese komplexe – viele Ebenen umfassende Koordinierung nicht zu leisten imstande ist – ist eine modellorientierte Koordinierung, welche ein Nebeneinander sowohl der bestehenden als auch der neuerrichteten Institutionen und Träger erlaubt, im Sinne einer losen „regionalisierten modellbezogenen ÖROK“ zu entwickeln.

- Schließlich ist in einem letzten Schritt eine „Flurbereinigung“ aller sich konkurrierenden Maßnahmen vorzunehmen, um einerseits die momentan auftretenden Überschneidungen sowohl in der Trägerschaft als auch im Instrumenteneinsatz zu beseitigen, und andererseits den dadurch gewonnenen Finanzierungsspielraum für neu entstehende Aufgaben umlenken zu können.

Zweifelsohne erfordert dieser Weg ein Umdenken der zuständigen Politiker und Beamten, weil ein innovationsorientierter Weg in der Förderung zu seinem Funktionieren ein hohes Maß an Innovationsbereitschaft von diesen beiden Personengruppen abverlangt.

Darstellung 5:

Monetäre Förderungsmöglichkeiten in der Obersteiermark

Die folgenden Förderungen sind kombinierbar, solange 75 Prozent des Investitionsvolumens nicht überschritten werden.

- *S 200.000,- bar als Investitionskostenzuschuß* je qualifiziertem, neu geschaffenem Arbeitsplatz bei hochwertigen Investitionsprojekten, ansonsten S 100.000,- (Träger gemeinsam Bund/Land).
- *ERP-Sonderprogramm*: Für bestimmte Regionen vergibt der ERP-Fonds geförderte Kredite mit begünstigtem Zinssatz. Bei einer maximalen Laufzeit von 12 Jahren mit bis zu zwei tilgungsfreien Jahren beträgt der Zinssatz während der tilgungsfreien Zeit 2,5 Prozent, danach 5 Prozent.
- *Top-Kredite*: Für Investitionen mit struktur- und leistungsbilanzverbessernder Wirkung stehen zinsgestützte Kredite bis zu 75 Prozent der Gesamtinvestition zur Verfügung (maximal 70 Millionen Schilling). Der Zinssatz beträgt 4 Prozent bis 5 Prozent bei einer Laufzeit bis zu 10 Jahren.
- *Zinsstützungsaktionen des Landes Steiermark*: Für Industrie- und Gewerbebetriebe von besonderer regionaler Bedeutung gewährt das Land Steiermark Zinszuschüsse von 2 Prozent bis 3 Prozent bei einer Laufzeit bis zu 10 Jahren.
- *Forschungsförderungsfondszuschüsse und -darlehen*: Aus dem Forschungsförderungsfonds (FFF) können Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bis zu 50 Prozent der Projektkosten gefördert werden. In der Regel teilt sich die Förderung in 25 Prozent Barzuschuß und 25 Prozent Darlehen mit derzeit 4,5 Prozent Verzinsung. Laufzeit ist projektabhängig.

- *Arbeitsmarktförderungsmittel*: Für Um- und Einschulungen und Beschäftigung von Arbeitslosen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit werden bis zu 50 Prozent der Schulungskosten für maximal sechs Monate übernommen.
- „*Technologie-Schwerpunkt*“-Förderungsprogramm: Die Förderung erfolgt durch Barzuschüsse und/oder zinsgeschützte Darlehen für Projekte in den Bereichen Mikroelektronik, Biotechnologie und Gentechnik. Umweltechnik und neue Werkstoffe sind in Vorbereitung. Zuschüsse bis zu 10 Millionen Schilling pro Unternehmen und Jahr. Darlehen mit acht Jahren Laufzeit (Zinssatz 5 Prozent) und tilgungsfreie Perioden von maximal vier Jahren.
- *Bürges-Kleingewerbekreditaktion*: Zusätzlich zur normalen Förderung (einmaliger Zuschuß von 8 Prozent der geförderten Kreditsumme und Bürgschaft) eine 6 prozentige Regionalprämie (2:1 von Bund und Land getragen) für regionale Problemgebiete (u. a. auch Obersteiermark) bei Erfüllung bestimmter Kriterien.
- *Bürges-Anschlußförderung nach den Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969*: Üblicher Zinsenzuschuß im Rahmen des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes wird um weitere 2 Prozent auf insgesamt 5 Prozent aufgestockt. Aufteilung der zusätzlichen Förderung zwischen Bund und Land im Verhältnis von ca. 2:1.
- *7-Jahre-Steuer-Refundierungs-Aktion*: Alternativ und mit obigen Förderungen nicht kombinierbar: Refundierung aller Steuern vom Ertrag und vom Vermögen für die Dauer von sieben Jahren bei Reinvestition des durch die Steuerrefundierung erhaltenen Gewinnanteiles. (Auflagen: Es dürfen keine Verlagerungen sein und die Produktionsstätte muß mindestens 12 Jahre betrieben werden.)

Anmerkung

1 Vgl. dazu die detaillierten Ergebnisse in Glatz/Moser 1987

Literatur

- Aiginger, K., Tichy (1984), Entwicklungschancen der Klein- und Mittelbetriebe in den achtziger Jahren, in: Politische Studien, Heft 1, München
- Arbeiterkammer Steiermark (1988), Projekte und Initiativen zur Verbesserung der Wirtschafts- und Industriestruktur der Obersteiermark (unveröffentlichtes Manuskript), Graz
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1987), Volkswirtschaftliche Kriterien für die Direktförderung industrieller Großprojekte, Manuskript, Wien
- Borner, S. (1984), Drei Grundperspektiven zur Interpretation des weltwirtschaftlichen Strukturwandels, in: Außenwirtschaft, 39. Jahrgang, Heft III, Diessenhofen
- Brugger, E. A. (Hg.) (1984), Regionale Innovationsprozesse und Innovationspolitik. Themenband zum NFP „Regionalproblem“, Bern
- Brugger, E. A., Stuckey, B. (1987), Regional Economic Structure and Innovative Behaviour in Switzerland, in: Regional Studies, Vol. 21.3.
- Ewers, H. J. (1980), Innovationsorientierte Regionalpolitik, in: Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Nr. 06.042, Bonn
- Ewers, H. J. (Hg.) (1984), Regionale Entwicklung durch Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Nr. 06.053, Bonn

- Freeman, C. (1982), *The Economics of Industrial Innovation*. Cambridge/Mass., MIT-Press
- Glatz, H., Moser, H. (1987), *Innovationsorientierte Regionalpolitik. Förderungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen in der Obersteiermark*, Forschungsbericht
- Glatz, H., Tödting, F. (1988), *Industrieller Strukturwandel und Regionalpolitik. Unterschiede in der betrieblichen Innovation und regionalpolitische Handlungsmöglichkeiten*, Wien
- Grabher, G. (1987), *Unternehmerische Reorganisation in einer traditionellen Industrieregion: Der Fall Niederösterreich Süd*, Diss. an der TU Wien
- ICD (1987), *Standort Obersteiermark – Industrielles Kernland Österreichs*, Broschüre
- Krist, H. (1987), *Bestimmungsgründe industrieller Direktinvestitionen*, Berlin
- Matzner, E. (1986), *Strategien für den Strukturwandel in: Schriftenreihe der Österreichischen Investitionskredit Aktiengesellschaft, Band 12*, Wien
- Meyer-Krahmer, F., Dittschar-Bischoff, R., Gudrum, U., Kuntze, U. (1984), *Erfassung regionaler Innovationsdefizite. Schriftenreihe des BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 06.054*, Bonn – Bad Godesberg
- Moser, H. (1982), *Regionalmodell Aichfeld-Murboden*, in: Abele, H., et al (Hg.), *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik*, Wien
- OECD (1986), *Restructuring the Regions, Analysis, Policy Model and Prognosis*, Paris
- OECD (1987), *Structural Adjustment and Economic Performance*, Paris
- ÖIR, et al (1982), *Regionalstudie Obersteiermark. Zusammenfassung der Hauptergebnisse. Im Auftrag des Bundeskanzleramtes und der steiermärkischen Landesregierung*, Wien
- Ostleitner, H. (1986), *Neue Aufgaben der österreichischen Strukturpolitik*, in: Die Erste (Hg.), *Wirtschaftsanalysen 3/86*, Wien
- Palme, G. (1984), *Standortgestaltende Regionalpolitik für alte Industriegebiete*, WIFO-Vorträge, Wien
- Prognos (1986), *Entwicklungsperspektiven der Vorarlberger Wirtschaft bei sich verändernden Rahmenbedingungen. Gutachten im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung*, Bregenz
- Scharpf, F., Reissert, B., Schnabel, F. (1976), *Politikverflechtung: Theorie und Empirie des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik? Kronberg/Ts.*
- Scharpf, F., Schnabel, F. (1979), *Steuerungsprobleme der Raumplanung*, in: PVS, Sonderheft 10 (Politische Vierteljahresschrift)
- Soref (Sozial- und Regionalökonomie – Forschungsgesellschaft), *Strukturschwache Industriegebiete in Österreich. Problemanalyse und regionalpolitische Maßnahmenvorschläge*, Wien
- Szopo, P., Aiginger, K., Lehner, G. (1985), *Instrumente und Effizienz der Investitionsförderung in Österreich*, Wien
- Thwaites, A., Oakey, R. (Hg.) (1985) *The Regional Economic Impact of Technological Change*, London
- Tichy, G. (1986), *Neue Anforderungen an die Industrie- und Innovationspolitik*, in: Aiginger, K. (Hg.), *Weltwirtschaft und unternehmerische Strategien*, Stuttgart – Wien
- ders. (1987), *Das Altern von Industrieregionen. Research Memorandum Nr. 8702*, Universität Graz
- Tödting, F. (1986), *Betriebliche Reorganisation und regionale Industrieentwicklung. Manuskript IIR der WU Wien*
- ders. (1986a), *Regionale Unterschiede der Forschungs- und Entwicklungsfähigkeit der österreichischen Industrie 1981 und ihre Zusammenhänge mit der regionalen Betriebsstruktur. IIR-Forschung 11/86*, WU Wien
- ders. (1988), *Regionale Unterschiede und Einflußgrößen der betrieblichen Innovation (in Bearbeitung)*
- Volk, E., Wieser, Th. (1986), *Industriepolitik in der Krise? (unveröffentlichtes Manuskript)*, Wien
- Wagner, K. (1986), *Die Beziehungen zwischen Bildung, Beschäftigung und Produktivität und ihre bildungs- und beschäftigungspolitischen Auswirkungen – ein deutsch-englischer Vergleich*, Manuskript, Berlin

